



Inhalt

Modernisierung öffentlicher Dienst

[Digitalisierung der Verwaltung braucht mehr Mut](#)

dbb Branchentage

[KEG und komba brandenburg: Investitionen in die Beschäftigten zahlen sich aus](#)

Energiepreispauschale

[Fehler des Zweiten Entlastungspakets korrigiert](#)

Privatisierung Eichwesen

[Staat darf sich hoheitlichen Aufgaben nicht entziehen](#)

Fachkräftemangel

[Der Staat muss mehr ausbilden](#)

dbb frauen

[Sexuelle Übergriffe sind keine Kavaliersdelikte](#)

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

Berlin

[dbb fordert Abschlagszahlungen bei der Beihilfe](#)

Rheinland-Pfalz

[Bearbeitungszeiten der Beihilfestellen viel zu lang](#)

Sachsen

[Beamtenbund verklagt MDR](#)

Gewerkschaft der Sozialversicherung (GdS)

[Wagner kritisiert Maßnahmen des GKV-Finanzstabilisierungsgesetzes](#)

Deutsche Steuergewerkschaft (DSTG)

[Tag der Steuergerechtigkeit – „Die Gesellschaft funktioniert nur mit Steuern“](#)

Verband Bildung und Erziehung (VBE)

[Deutscher Schulpreis: Blick auf die Realität nicht verschleiern](#)

Deutsche Polizeigewerkschaft (DPoIG)

[Kampf gegen Schleuserbanden und illegale Einreisen](#)

BDZ

[Zoll ist gleichzeitig Teil der Einnahmeverwaltung und Bestandteil der Sicherheitsarchitektur](#)

[Namen und Nachrichten](#)

aktuell

Informationsdienst des dbb

Modernisierung öffentlicher Dienst Digitalisierung der Verwaltung braucht mehr Mut

Der Wunsch nach Perfektion steht der Modernisierung des öffentlichen Dienstes oft im Wege. Gerade bei der Digitalisierung braucht es eine neue Fehlerkultur, fordert der dbb.

„Wir brauchen endlich den politischen Mut, digitale Lösungen auf die Straße zu bringen – auch wenn sie noch nicht hundertprozentig perfekt sind. Natürlich erfordern einige sensible Bereiche fehlerfreie Prozesse. Und natürlich muss der Mensch bei Bedarf nachsteuern können, wenn es etwa um Gesetzesauslegung und die Berücksichtigung von Einzelfällen geht. Aber wenn wir mit einer Anwendung den Bürgerinnen und Bürgern in 98 von 100 Fällen sofort helfen können und in nur zwei Fällen noch nachgesteuert werden muss, dann haben wir doch schon viel gewonnen. Den Mut, solche Entscheidungen zu treffen und endlich ins Machen zu kommen, das wünsche ich mir von den Regierungen in Bund und Ländern“, sagt der dbb Bundesvorsitzende Ulrich Silberbach am 26. September 2022 beim Gewerkschaftstag des dbb mecklenburg-vorpommern.

Grundsätzlich biete die Digitalisierung unzählige Chancen für den öffentlichen Dienst, erklärte der dbb Chef: „Sie kann den Kolleginnen

und Kollegen gezielt Entlastung bieten. Dadurch bleibt dann endlich wieder mehr Zeit für die Belange der Bürgerinnen und Bürger. Doch davon sind wir leider noch weit entfernt: Ohne ausreichend geschultes Personal und eine zeitgemäße Ausstattung ist keine Digitalisierung zu schaffen. Als größte Volkswirtschaft der EU bewegen wir uns im europäischen Vergleich weiterhin nur im hinteren Mittelfeld. Das gefährdet langfristig unseren Wohlstand.“ Erfreulicherweise gebe es mittlerweile ein größeres Problembewusstsein, und die Bundesregierung habe letzten Monat ihre „Digitalisierungsstrategie“ vorgestellt. Silberbach bleibt vorerst dennoch skeptisch: „Ich habe aufgehört zu zählen, aber an Strategien, Versprechungen und Vorhaben hat es noch nie gemangelt. Nur bei der Umsetzung, da hapert es noch immer. Das Silodenken muss endlich der Vergangenheit angehören. Die Digitalisierung kann nur klappen, wenn alle an einem Strang ziehen.“

dbb Branchentage

KEG und komba brandenburg: Investitionen in die Beschäftigten zahlen sich aus

Der öffentliche Dienst befindet sich im Krisenmodus. Auch bei den dbb Branchentagen standen die zahlreichen Herausforderungen im Mittelpunkt.

Bei den Branchentagen der Katholischen Erziehergemeinschaft (KEG) und der komba brandenburg am 20. und 22. September 2022 diskutierten die Beschäftigten über die zahlreichen Krisen, die sie dienstlich und privat zu bewältigen haben: Von der Corona-Pandemie über Nachwuchsmangel und Arbeitsverdichtung bis zu den aktuell extremen Kostensteigerungen stehen die Kolleginnen und Kollegen seit Jahren vor enormen Herausforderungen.

Am 20. September 2022 berichteten beim digitalen Branchentag mit den Beschäftigten aus dem Bereich des Sozial- und Erziehungsdienstes die Vertreterinnen und Vertreter der KEG offen von ihren Sorgen und Nöten. Volker Geyer, dbb Tarifchef, brachte es in der Diskussion auf den Punkt: „Unser Land ist seit Jahren im Krisenmodus. Viele der Krisen und Prob-

leme haben sich auch direkt in den Kindertagesstätten widerspiegelt: Fachkräftemangel, immer neue gesetzliche Vorgaben und natürlich die Pandemie. Die Erzieherinnen und Erzieher gehen seit Jahren an ihre Grenzen. Da ist es nicht zu viel verlangt, wenn sich jetzt auch mal die Arbeitgeber bewegen. In der Einkommensrunde muss ein Zeichen der Wertschätzung gesetzt werden.“ Die Teilnehmenden machten deutlich, dass sie neben der Investition in die Ausbildung und bessere Arbeitsbedingungen eine signifikant spürbare Verbesserung bei der Bezahlung erwarten. „Unsere Verhandlungsstärke nächstes Jahr in Potsdam hängt von jeder einzelnen Kollegin und jedem einzelnen Kollegen ab. Druck auf die Arbeitgebenden zu erzeugen und damit letztlich ein gutes Verhandlungsergebnis zu er-

zielen, lässt sich nur mit entsprechender Aktions- und Streikbereitschaft erreichen“, betonte Volker Geyer.

Etwa eine Autostunde östlich von Berlin liegt inmitten der Märkischen Schweiz der kleine Ort Bollersdorf. Dort fand am 22. September 2022 der gut besuchte dbb Branchentag der komba brandenburg statt. Brandenburgs komba-Chef Detlef Daubitz hatte eingeladen und führte durch die lebhafteste Veranstaltung. Bevor er das Wort an dbb Tarifchef Volker Geyer übergab, äußerte er seine Enttäuschung über die bisherige Krisenpolitik der Bundesregierung: „Es gibt viele Meldungen und große Hilfspakete, aber die Menschen in der Mitte der Gesellschaft wissen noch immer nicht, ob und in welcher Weise sie konkret unterstützt werden, um über den Winter zu kommen.“

Energiepreispauschale Fehler des Zweiten Entlastungspakets korrigiert

Der dbb hat den Entwurf eines Gesetzes zur Zahlung einer Energiepreispauschale an Renten- und Versorgungsbeziehende des Bundes am 27. September 2022 begrüßt.

In seiner offiziellen Stellungnahme gegenüber dem Bundesministerium für Arbeit und Soziales erklärte der dbb: „Die mit dem Entwurf vorgesehene Zahlung der Energiepreispauschale an die Rentnerinnen und Rentner sowie die Versorgungsbeziehenden des Bundes korrigiert einen Fehler des Zweiten Entlastungspakets. Der dbb hatte bereits seinerzeit kritisiert, dass mit den Rentnerinnen und Rentnern sowie den Beziehenden einer Beamtenversorgung zwei Gruppen von der Entlastungswirkung der Energiepreispauschale ausgenommen wurden, die durch den Bezug von Alters-einkünften über geringere Einkommen als aktiv Beschäftigte verfügen. Der dbb begrüßt daher die jetzt vorgesehene Zahlung der Energiepreispauschale an die genannten Personengruppen ausdrücklich. Allerdings muss angesichts der aktuellen Entwicklung insbesondere der Energie- und Lebensmittelpreise über weitere zielgerichtete Entlastungsmaßnahmen nachgedacht werden.“

Die im Entwurf enthaltene Erhöhung der Obergrenze für eine sozialversicherungspflichtige

Nachdem Volker Geyer die tarifpolitische Lage skizziert und dabei an die Beschäftigten appelliert hatte, „sich für Aktionen und Streiks bereit zu halten, denn die Arbeitgeber werden uns im Januar 2023 ganz gewiss nichts schenken“, entspann sich eine rege Diskussion. Dabei wurde erneut deutlich, dass die Beschäftigten in diesem Jahr vor allem eine kräftige Einkommenserhöhung wollen und brauchen. Dabei wurden Einmalzahlungen von den Beschäftigten nicht als geeignetes Mittel angesehen, die Leistungen und die Nöte der Beschäftigten angemessen zu honorieren. Nicht wenige Diskutierende kamen aus dem Bereich des Rettungsdienstes und thematisierten die schwierigen Arbeitszeiten in diesem Bereich.

Beschäftigung im Übergangsbereich von 1.600 auf 2.000 Euro im Monat stoße auf Bedenken des dbb. Bereits die Anhebung auf 1.600 Euro hatte der dbb kritisiert. „Zwar werden die Betroffenen finanziell entlastet. Die damit verbundene Erosion der Beitragsbasis der Sozialversicherung ist jedoch ebenso problematisch wie mögliche negative Anreizeffekte auf das Arbeitskräfteangebot“, so die Stellungnahme.

Für den Bereich der Pensionärinnen und Pensionäre kritisierte dbb Senioren Chef Horst Günther Klitzing, dass sich die Bundesregierung scheinbar nicht zu einem koordinierten, einheitlichen gesetzlichen Vorgehen in Bund und Ländern mit gegebenenfalls anteiliger Finanzierung durch die jeweiligen Dienstherrn habe durchringen können. „Hier zeigen sich wieder einmal die nachteiligen praktischen Auswirkungen der Föderalisierung des öffentlichen Dienstrechts. Ich appelliere daher an alle Dienstherrn, die neuen Regelungen zur Energiepreispauschale wirkungsgleich auf die Ruhestandsbeamtinnen und -beamten der Länder und Kommunen zu übertragen.“

Privatisierung Eichwesen Staat darf sich hoheitlichen Aufgaben nicht entziehen

Auch im Sinn des Verbraucherschutzes hat der dbb allen Überlegungen zur Privatisierung hoheitlicher Aufgaben eine klare Absage erteilt.

Beim Gewerkschaftstag der Gewerkschaft Mess- und Eichwesen – BTE am 23. September 2022 betonte dbb Chef Ulrich Silberbach: „Ohne Euch könnten sich die Bürgerinnen und Bürger nicht sicher sein, dass der im Handel angegebene Inhalt – zum Beispiel beim Kaffee – auch tatsächlich in der Packung ist. Dass sie an der Tankstelle nicht zu viel bezahlen. Dass die Waagen auf den Wochenmärkten den richtigen Wert anzeigen. Damit leisten die Beschäftigten in den Eichämtern und den Eichdirektionen einen unverzichtbaren Beitrag zum Schutz der Verbraucherinnen und Verbraucher sowie des marktwirtschaftlichen Wettbewerbs. Seit Jahrhunderten gehört es zu den hoheitlichen Aufgaben des Staates, für ein einheitliches Maß und Gewicht zu sorgen – und das soll auch so bleiben. Jegliche Überlegungen hinsichtlich einer Privatisierung in diesem Bereich sowie die Abgabe von Tätigkeiten an Industrie und Handel lehnen wir klipp und klar ab. Der Staat darf sich seinen hoheitlichen Aufgaben nicht entziehen.“

Vielmehr müsse das Eichwesen wesentlich gestärkt werden, das werde der dbb gerade ge-

genüber der verantwortlichen Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) erneut deutlich machen. „Die Weiterentwicklung der Entgeltordnung bleibt auf der Tagesordnung. Ich teile Eure Frustration über die Verweigerungshaltung der Arbeitgebenden in diesem Punkt. Es kann nicht sein, dass die entsprechenden Tätigkeitsmerkmale für Eure Arbeit nicht regelmäßig gepflegt und an die tatsächlichen Gegebenheiten angepasst werden, damit am Ende die Bezahlung passt“, unterstrich der dbb Bundesvorsitzende. „Für das Eichwesen ebenso wie für den gesamten öffentlichen Dienst gilt: Um das bestehende Personal zu halten und Nachwuchskräfte zu gewinnen, muss viel mehr in die Attraktivität investiert werden.“

Silberbach gratulierte Ronald Kraus zur Wiederwahl als BTE Bundesvorsitzender: „Der BTE ist die stärkste fachspezifische Gewerkschaft der Beschäftigten der Eichbehörden Deutschlands. Das ist ein großer Erfolg und eine Bestätigung Eurer Arbeit. Was Ihr im Bundesverband und in den Landesverbänden ehrenamtlich für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Eichämtern und den Eichdirektionen leistet, ist vorbildlich.“

Fachkräftemangel Der Staat muss mehr ausbilden

Der dbb Bundesvorsitzende Ulrich Silberbach hat betont, dass die Verwaltung angesichts des Fachkräftemangels mehr in die Qualifikation der Beschäftigten investieren muss.

„Wir fordern von der Politik schon seit geraumer Zeit eine Verbesserung von Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten. Das gilt nicht nur etwa mit Blick auf die Anzahl der Ausbildungsplätze. Sondern das gilt auch inhaltlich. Dabei kann es auch erforderlich sein, bestehende Berufsbilder beziehungsweise deren Ausbildungsstandards zu überprüfen“, sagte Silberbach beim Kongress des Deutschen Gerichtsvollzieher Bundes (DGVB) am 23. September 2022. Der Gerichtsvollzieherberuf sei beispielsweise in den letzten Jahren mit immer höheren Anforderungen und Erwartungen konfrontiert worden. „Der dbb wird sich dafür einsetzen, dass diese veränderten Anforderungen

eine entsprechende Verbesserung in der Ausbildung nach sich ziehen. Diese Frage wird auch den in wenigen Wochen stattfindenden dbb Gewerkschaftstag beschäftigen.“

Der dbb Chef betonte zudem, dass der – zum Teil hausgemachte – Personalmangel das Vertrauen der Bevölkerung in den Staat erschüttere, besonders im Bereich der Rechtspflege. „Aufgabe unseres Rechtsstaates ist es, den Bürgerinnen und Bürgern ein friedliches Zusammenleben und die Durchsetzung ihrer Rechte zu ermöglichen. Wenn aber aus schlichtem Personalmangel beispielsweise immer wieder Verfahren eingestellt werden müs-

sen, weil Anklagen nicht im Rahmen der gesetzlichen Fristen erhoben werden können, dann muss uns das wachrütteln“, so Silberbach. „Denn das schwindende Vertrauen und die daraus resultierende Aggression spüren

die Kolleginnen und Kollegen viel zu oft am eigenen Leib. Gerade Justiz und Gerichtsvollzieherinnen und Gerichtsvollzieher sind neben Einsatzkräften besonders betroffen.“

dbb frauen

Sexuelle Übergriffe sind keine Kavaliersdelikte

„Der Schutz vor sexualisierter Gewalt am Arbeitsplatz gelingt nur, wenn wir eine Kultur des Vertrauens in den Dienststellen aufbauen. Übergriffiges Verhalten muss klar verurteilt und Betroffenen vorurteilsfrei begegnet werden“, stellte dbb frauen Chefin Milanie Kreutz am 23. September 2022 im Rahmen einer Podiumsdebatte mit Landtagsabgeordneten am zweiten Tag der Hautversammlung der dbb bundesfrauenvertretung in Stuttgart heraus.

Anlass zur Diskussion gab ein aktueller Fall sexueller Belästigung im Polizeidienst in Baden-Württemberg. Der ranghöchste Polizeibeamte des Landes wird der sexuellen Belästigung beschuldigt. Landesinnenminister Thomas Strobl musste sich dazu bereits vor dem Untersuchungsausschuss äußern. Auch gegen ihn wird ermittelt. „Was uns dieser brenzlige Fall vor Augen führt, ist vor allem eines: Sexuelle Belästigung ist alles andere als ein Kavaliersdelikt. Bei diesem Thema kann die Politik nicht einfach nur auf die Verantwortungshoheit der Justiz verweisen“, erklärte Kreutz. „Es ist sehr wohl auch ein politisches Thema. Denn es liegt in der Hand der politischen Entscheidungsträgerinnen und -träger, welchen Stellenwert sie der Aufklärung sexueller Übergriffe im Dienst beimessen, sprich ob sie die notwendigen Ressourcen für eine zielgerichtete Aufarbeitung aufwenden oder ob sie sich entscheiden wegzusehen.“

Konkret sprach sich Kreutz für die Einrichtung von unabhängigen Anlaufstellen im dienstlichen Umfeld aus, die Gewaltopfern schnelle, niedrighwellige und unbürokratische Hilfe bieten und dabei unterstützen, Täter konsequent zur Verantwortung zu ziehen. „Auch ein

übergriffiger Vorgesetzter muss zur Rechenschaft gezogen werden können. Das funktioniert nur mit starken Verbündeten. Die Politik muss dafür sorgen, dass Personalräten und Gleichstellungsbeauftragten rechtswirksame Werkzeuge an die Hand gegeben werden, wie etwa ein anonymisiertes Klagerecht“, stellte Kreutz heraus.

Heidi Deuschle, Landesfrauenvertreterin des BBW Beamtenbund Baden-Württemberg, unterstützt die Forderung nach unabhängigen Anlaufstellen, die sich um individuelle, qualifizierte Hilfe für Betroffene kümmern. „Diese Aufgabe gehört in die Hände von Spezialistinnen und Spezialisten und nicht ins Aufgabengebiet der Beauftragten für Chancengleichheit“, machte Deuschle deutlich. Diese benötigten vielmehr wirkungsvolle Sanktionsmöglichkeiten sowie eine verbindliche Regelung des Vorgehens in Dienstvereinbarungen, um sexuell übergriffiges Verhalten ahnden zu können und Betroffene wie Helfende vor Repressalien zu schützen. „Eine Reform des Chancengleichheitsgesetzes diesbezüglich ist längst überfällig. Von der Landesregierung erwarten wir Handlungsbereitschaft“, so Deuschle.

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

Berlin

dbb fordert Abschlagszahlungen bei der Beihilfe

Zehn Wochen und länger müssen Berliner Beamtinnen und Beamte auf ihre Beihilfen im Krankheitsfall warten. „Wir sind die offiziellen Vertröstungen auf eine baldige Besserung dieser unhaltbaren Situation leid und fordern Abschlagszahlungen, um die Beihilfeempfänger endlich wirksam zu entlasten“, empört sich dbb Landeschef Frank Becker am 25. September 2022.

Konkret soll der Senat dafür sorgen, dass schnellstmöglich ein 80-prozentiger Abschlag ausgezahlt wird, sobald eine abschließende Bearbeitungszeit von 14 Tagen überschritten wird. „Auch ohne die exorbitanten Preissteigerungen, insbesondere im Energiesektor, war es vor allem den unteren Einkommensgruppen kaum noch möglich, Arzt und Medikamentenrechnungen zeitnah zu begleichen. Jetzt dürften immer mehr Betroffene außerstande sein,

in Vorkasse zu treten und dem Dienstherrn praktisch ein zinsloses Darlehen zu gewährleisten“, beschreibt Becker die mittlerweile äußerst zugespitzte Situation. „Der Senat muss endlich handeln und darf seine Beamten und Versorgungsempfänger – ausgerechnet nach einer Erkrankung – nicht länger im Regen stehen lassen.“

Rheinland-Pfalz

Bearbeitungszeiten der Beihilfestellen viel zu lang

Immer mehr beihilfenberechtigte Beamtinnen und Beamte in Rheinland-Pfalz müssen zu lange darauf warten, dass sie vom Staat und den beauftragten Beihilfestellen Erstattungen für Aufwendungen im Krankheitsfall bekommen. „Wer krank ist, wird zusätzlich noch belastet durch drückende Arztrechnungen und Mahnschreiben“, so die dbb Landesvorsitzende Lilli Lenz am 29. September 2022.

22 Arbeitstage und damit mehr als vier Wochen dauert es im Durchschnitt aktuell, bis die Beihilfestelle des Landes beim Landesamt für Finanzen einen Beihilfeantrag und damit die grundsätzliche Erstattung der Hälfte anerkenntungsfähiger Rechnungsbeträge bearbeitet hat - bundesweit gehört Rheinland-Pfalz damit zu den Schlusslichtern. Beihilfeberechtigte sind bei jeder Rechnung über Krankheitskosten gezwungen, in Vorleistung zu gehen. Während das Finanzministerium angibt, dass Rechnungen von über 5.000 Euro prioritär bearbeitet würden, heißt es auf Nachfrage auf der Sachbearbeitungsebene, dass allein nach Eingangdatum der ‚Berg‘ der Anträge abgearbeitet werde. Insbesondere bei chronisch Kranken und Operationen kommen zumeist Rechnungen von verschiedenen Laboren und Ärzten zusammen, sodass das Gesamtvolumen zwar die Summe von 5.000 Euro überschreiten mag, aber die Einzelrechnungen jeweils darunterliegen – so oder so fühlen sich die Betroffenen von ihrem Arbeitgeber alleingelassen.

Der dbb rheinland-pfalz sieht hier das beamtenrechtliche Fürsorgeprinzip eklatant verletzt, was die Beihilfezahlung angeht. Wenn sich insbesondere Angehörige unterer und mittlerer Besoldungsgruppen, junge Familien mit Kindern, chronisch Kranke und Betroffene komplizierter und damit teurer Behandlungen überlegen müssen, ob sie angesichts der persönlichen Kreditlinie, der eigenen Rücklagensituation und der galoppierenden Teuerung überhaupt zum Arzt oder in Behandlung gehen, dann werde dieses Prinzip pervertiert.

Dabei arbeiten die Mitarbeiterinnen und Mitarbeitenden in den Beihilfestellen an der Belastungsgrenze, um die Bearbeitungszeiten zu verringern. Es mangelt schlicht an einer ausreichenden Personalausstattung, um die Bearbeitungszeit und die Rechnungsaufforderungen in Einklang zu bringen. Der dbb rheinland-pfalz fordert mehr Stellen in der Bearbeitung der Beihilfe und eine Abschlagszahlung von 80 Prozent, sobald die Bearbeitungszeit 14 Tage überschreitet.

Sachsen

Beamtenbund verklagt MDR

Der SBB Beamtenbund und Tarifunion Sachsen (SBB) verklagt den MDR Rundfunkrat. Hintergrund ist die Nicht-Berücksichtigung der Gewerkschaft in der laufenden Amtszeit. „Der MDR Rundfunkrat hält uns rechtswidrig von einem Sitz im wichtigsten Aufsichtsgremium des MDR fern. Dagegen haben wir vor über vier Monaten Widerspruch eingelegt. Bis heute haben wir vom MDR Rundfunkrat keinerlei Reaktion erhalten. Deswegen haben wir jetzt beim Verwaltungsgericht Leipzig eine so genannte Untätigkeitsklage eingereicht“, so SBB Vorsitzende Nannette Seidler. „Ziel ist die Aufhebung der Auswahlentscheidung des MDR Rundfunkrates.“

Der MDR Rundfunkrat hatte Anfang des Jahres darüber zu entscheiden, welche Gewerkschaften in dem Gremium vertreten sein werden. Der neue MDR-Staatsvertrag hatte deren Sitze von 3 auf 6 aufgestockt und jedem Bundesland zwei Sitze zugeordnet. Während sich in Thüringen DGB und Beamtenbund verständigen konnten, gelang das in Sachsen-Anhalt und Sachsen nicht. Hier hat neben dem Beamtenbund und dem DGB auch der Deutsche Journalistenverband (DJV) einen Sitz beansprucht. Der MDR-Staatsvertrag sieht in einem solchen Fall eine Entscheidung des MDR Rundfunkrates über die noch zu besetzenden Plätze vor. Diese Entscheidung hat der Rundfunkrat am 28. Februar 2022 zulasten des SBB gefällt. In Sachsen-Anhalt wurden Beamtenbund und DGB bestimmt.

„Der MDR Rundfunkrat hat bei der sächsischen Besetzung rechtswidrig gehandelt“, sagt Hubertus Gersdorf. Der Leipziger Top-Jurist hat den Lehrstuhl für Staats- und Verwaltungsrecht sowie Medienrecht an der Juristenfakultät der Universität Leipzig inne und gilt als einer der profiliertesten deutschen Medienrechtler. Er hat die Rechtslage geprüft und vertritt den SBB nun gegenüber dem MDR.

„Der Rundfunkrat hat sich nicht an den Willen des Gesetzgebers gehalten. Zwar steht im eigentlichen Staatsvertragstext der Beamtenbund nicht explizit als direkt entsendeberechtigte Organisation. Schon in der Gesetzesbegründung ist er dann aber doch explizit erwähnt. In weiteren öffentlich zugänglichen Dokumenten im Rahmen des Gesetzgebungsverfahrens wird ebenfalls sehr deutlich, welchen Willen der Gesetzgeber hatte – nämlich den Beamtenbund auf jeden Fall mit einem festen Sitz auszustatten“, so Gersdorf. „Zwar galt früher in der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts nur der reine Gesetzestext als maßgeblich. Diese Position ist aber seit über 10 Jahren überholt. Jetzt kommt es bei der Ermittlung des Willens des Gesetzgebers auch auf die Gesetzesbegründung und die weiteren Materialien aus der Phase der Gesetzgebung an. Das hat der MDR Rundfunkrat verkannt.“

Nannette Seidler ergänzt: „Schon während der Entscheidung war dieser Punkt im Rundfunkrat offenbar kontrovers diskutiert. Der Juristische Direktor des MDR vertrat den Standpunkt, das Bundesverfassungsgericht würde nur auf den Gesetzestext an sich abstellen. Wie wir jetzt wissen, ist das falsch.“ Der SBB habe deshalb nach eingehender Prüfung Widerspruch gegen die Entscheidung eingelegt.

Gewerkschaft der Sozialversicherung (GdS)

Wagner kritisiert Maßnahmen des GKV-Finanzstabilisierungsgesetzes

In einem Brief an alle Mitglieder des Bundestagsausschusses für Gesundheit hat der GdS-Bundvorsitzende und dbb Vize Maik Wagner am 28. September 2022 deutliche Kritik an den geplanten Maßnahmen des GKV-Finanzstabilisierungsgesetzes geübt.

Angesichts steigender Lebenshaltungskosten sei es fatal, einen Großteil des Defizits in der GKV durch steigende Beiträge ausgleichen zu

wollen. Auch der Rückgriff auf die Finanzrücklagen der Krankenkassen belaste letztlich die Beitragszahler. Sinnvolle strukturelle Reformen wie die auskömmliche Steuerfinanzierung der

GKV-Beiträge für ALG-II-Empfänger wolle die Bundesregierung wieder einmal auf die lange Bank schieben.

Der Bundestag hatte sich am 23. September in erster Lesung mit dem Gesetz zur finanziellen Stabilisierung der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV-Finanzstabilisierungsgesetz) befasst. Das Gesetz soll dazu dienen, ein zu erwartendes Defizit der GKV im kommenden Jahr von rund 17 Milliarden Euro zu beseitigen.

Dazu sollen insbesondere der durchschnittliche Zusatzbeitrag erhöht und die Finanzreserven der Krankenkassen abgeschmolzen werden.

Wagner appellierte in seinem Brief an die Ausschussmitglieder, dass diese sich im Gesetzgebungsverfahren noch für deutliche Änderungen am GKV-Stabilisierungsgesetz einsetzen mögen. In der jetzigen Form könne das Gesetz die GKV-Finzen bestenfalls kurzfristig stabilisieren.

Deutsche Steuergewerkschaft (DSTG) Tag der Steuergerechtigkeit – „Die Gesellschaft funktioniert nur mit Steuern“

Mit dem Tag der Steuergerechtigkeit 2022 ruft die Deutsche Steuergewerkschaft (DSTG) zu mehr Gerechtigkeit im Steuerrecht und im Steuervollzug auf.

„Der ehrliche Steuerzahler darf nicht der Dumme sein“, machte DSTG-Chef Florian Köbler auf der Festveranstaltung der DSTG am 29. September in Wernigerode deutlich. Es ist nicht akzeptabel, dass sich eine bestimmte Klientel davor drückt, ihren gerechten Anteil zu zahlen! Denn die Solidargemeinschaft in Deutschland werde ausschließlich durch Steuern finanziert. Und gerade in der aktuellen Krisenzeit mit den inflationsbedingt steigenden finanziellen Belastungen sei der Staat mehr denn je gefragt, den Bürgerinnen und Bürgern zu helfen.

In diesen nun schon seit zweieinhalb Jahren dauernden Krisenzeiten stelle die Finanzverwaltung ihr hohes Engagement eindrucksvoll unter Beweis, betonte Köbler. „Und das trotz des gravierenden Personalmangels!“ Derzeit fehlten in den Finanzämtern rund 15.000 Stellen, und rund 6.000 der vorhandenen Stellen seien infolge Personalmangels nicht besetzt. „Dabei ist Personal in den Finanzämtern wichtig, um einen fairen Markt zu gewährleisten!“

Als größte Fachgewerkschaft der Finanzverwaltung ist die DSTG eine bundesweit anerkannte und geachtete Kämpferin für Steuergerechtigkeit. Seit mehr als 70 Jahren tritt die Fachgewerkschaft für ein gerechtes Steuerrecht und für die Interessen ihrer Mitglieder ein. „Dafür werden wir auch in Zukunft stehen“, versprach Köbler. „Wir werden uns weiterhin gesellschaftspolitisch positionieren und überall, wo es erforderlich ist, den Finger in die Wunde legen!“

Um den Staat handlungsfähig zu halten, sei es nun wichtig, das Steuerrecht der Zukunft zu gestalten. Köbler erläuterte: „Wir haben in den vergangenen Jahren erlebt, dass die Vermögensverteilung in Deutschland immer weiter auseinandergegangen ist. Während die Arbeitslöhne inflationsbereinigt seit den 1980er-Jahren kaum gestiegen sind, sind die Einkünfte der Spitzenverdiener immer weiter angewachsen. Die zunehmende Ungleichheit sollten die mit einem progressiven Steuersatz versehenen Systeme der Einkommensteuer, Erbschafts- und Schenkungssteuer und Vermögenssteuer verhindern. Aber all das funktioniert nicht mehr so recht, da Spitzenverdiener mit ausgeklügelten Gestaltungen und Gewinnverlagerungen einen eher regressiven Steuersatz haben. Hier besteht dringender Handlungsbedarf!“

„Auf internationaler Ebene haben wir erste Schritte in die richtige Richtung gemacht“, so Köbler. Er begrüße die auf OECD- und G-20-Ebene erfolgte Einigung auf die Einführung einer globalen Mindeststeuer. „Aber wir brauchen nicht nur einen einheitlichen Steuersatz, sondern eben auch Mindeststandards, wie das zu versteuernde Einkommen ermittelt wird.“ Man müsse zudem darüber nachdenken, ob eine globale Kapitalsteuer ein möglicher Weg sei, diejenigen zur Kasse zu bitten, die ihrer Pflicht, Steuern zu zahlen, entkommen. Hier könnte man in internationaler Zusammenarbeit ein absolutes Vermögen feststellen und dann progressive Steuersätze darauf erheben. Köbler: „Ein Prozent der Bevölkerung hält 32 Prozent des Vermögens – da liegt der Gedanke nahe, dass diese Menschen der Gesellschaft

etwas zurückgeben müssen. Auch das ist Steuergerechtigkeit.“

Verband Bildung und Erziehung (VBE)

Deutscher Schulpreis: Blick auf die Realität nicht verschleiern

Anlässlich der anstehenden Verleihung des Deutschen Schulpreises äußerte sich Udo Beckmann, Bundesvorsitzender des Verbandes Bildung und Erziehung (VBE) am 28. September 2022: „Ohne das Votum der Jury zu kennen, gratulieren wir den verdienten Preisträgerinnen und Preisträgern und bedanken uns bei allen teilnehmenden Schulen für ihren Einsatz, innovative Konzepte zur Verbesserung der Bildungsqualität und zum Abbau von Bildungsungerechtigkeit zu entwickeln. Ich warne die politisch Verantwortlichen jedoch davor, diesen Anlass zu nutzen, um den Blick auf die desolante Situation an den Schulen zu verschleiern und der Öffentlichkeit zu suggerieren, dass alles nur halb so schlimm ist und Schule funktioniert, wenn die Lehrkräfte nur wollen.“

Beckmann weiter: „Wir sind längst in einem Jahrzehnt der Notversorgung der Schulen angekommen. Nie war die Zahl der unbesetzten Stellen zu Beginn eines Schuljahres größer, nie mussten mehr Lehrkräftestellen mit nicht originär ausgebildeten Lehrkräften besetzt werden, nie war die Hilflosigkeit der Politik größer. Die Lehrkräfte, die im System sind, versuchen den Schülerinnen und Schülern – trotz Pandemie und Flüchtlingswelle – so gut wie möglich gerecht zu werden. Wir beobachten aber mit Sorge, dass sie dabei permanent an ihre gesundheitlichen Grenzen und darüber hinaus gehen. Titel für Projekte zur Pensionärs-Gewinnung, wie ‚Grau macht schlau‘ in Thüringen, die Tatsache, dass Gymnasiallehrkräfte in einigen Bundesländern an Grundschulen zwangsversetzt werden, weil dort der Personalmangel noch größer ist, oder der Einsatz von Headhuntern, um Lehrkräfte aus anderen

Bundesländern abzuwerben, machen ungeschminkt deutlich, wo wir stehen.“

Der VBE, so Beckmann abschließend, sei nicht bereit, den herrschenden Mangel als neue Normalität zu akzeptieren und Qualitätsstandards in der Bildung aufzugeben: „Wir erwarten, dass die Politik damit beginnt, neben dem berechtigten Jubel und der Freude über gelungene Projekte, die Gesellschaft endlich darüber aufzuklären, mit welchen Einschränkungen im Schulbereich wir in den kommenden Jahren rechnen müssen. Darüber hinaus braucht es eine sofortige Initiative zur Gewinnung neuer Lehrkräfte und Fachpersonal anderer Professionen, die sie bei ihrer Arbeit unterstützen können. Andernfalls wird der Krankenstand deutlich ansteigen und die Personalsituation wird sich noch weiter verschärfen.“

Deutsche Polizeigewerkschaft (DPoIG)

Kampf gegen Schleuserbanden und illegale Einreisen

Angesichts der dramatisch steigenden Zahlen illegaler Einreisen an den Grenzen zu Tschechien und Polen schlägt die Deutsche Polizeigewerkschaft (DPoIG) Alarm und fordert am 26. September 2022 ein sofortiges Einschreiten der Bundesinnenministerin. Rainer Wendt, Bundesvorsitzender der DPoIG sieht auch nach dem Ausgang der Wahl in Italien und den Entwicklungen in Russland und der Ukraine dringenden Handlungsbedarf: „Es wird nicht ausreichen, sich Sorgen zu machen, die machen wir uns seit Jahren. Und es genügt auch nicht, sich um Unterbringungsmöglichkeiten für immer mehr Menschen zu kümmern, die Städte und Gemeinden sind schon jetzt am Ende ihrer Kräfte!“

In der DPoIG-Bundesleitung erstattete Heiko Teggatz, Chef der DPoIG Bundespolizeigewerkschaft, einen ausführlichen Lagebericht über die Entwicklung: „Die Steigerungsraten bei der illegalen Einreise sind dramatisch und werden weiter steigen, wenn an den Grenzen

nicht endlich vernünftig kontrolliert wird, wir werden um stationäre Kontrollen nicht herkommen, weil Europa bei der Sicherung seiner Außengrenzen noch immer versagt. Es geht nicht darum, Grenzen zu schließen, vielmehr

brauchen wir Ordnung und Steuerung bei Einreisen und einen energischen Kampf gegen Schleuserbanden und illegale Einreisen. Die Bundespolizei kann das leisten, das Innenministerium muss sich nur dazu entschließen, wenn die Lage nicht wieder außer Kontrolle geraten soll.“

Der Ausgang der Wahl in Italien dürfte nach Auffassung des DPoIG Vorsitzenden auch dazu führen, dass sich vermehrt Menschen von dort auf den Weg nach Deutschland machen. Rainer Wendt: „Andere Länder innerhalb Europas kontrollieren ihre Grenzen und wehren unkontrollierte Migration ab, Deutschland

ist mal wieder auf einem Sonderweg und sendet stattdessen noch Willkommenssignale in die Welt, das kann und wird schiefgehen. Die Wahlausgänge in unseren Nachbarländern in der Vergangenheit sollten für die deutsche Politik Mahnung genug sein. Wenn Energieknappheit, Preisexplosionen, Kriegsrhetorik, Coronapolitik und steigende Existenzsorgen der Menschen kumulieren, werden die Proteste auf den Straßen ein Ausmaß annehmen, wie wir es bislang nicht gekannt haben. Das kann niemand wollen.“

BDZ

Zoll ist gleichzeitig Teil der Einnahmeverwaltung und Bestandteil der Sicherheitsarchitektur

Am 20. September 2022 erörterte der Fraktionsvorsitzende der FDP-Bundestagsfraktion, MdB, Christian Dürr mit dem stellvertretenden BDZ Bundesvorsitzenden Thomas Liebel und dem Vorsitzenden des BDZ Bezirksverbandes Hannover Olaf Wietschorke politische Themenschwerpunkte hinsichtlich der weiteren personellen und fachlichen Ausrichtung des Zolls. Dabei standen insbesondere die vorgesehene pauschale Stelleneinsparung des Entwurfs des Haushaltsgesetzes 2023, die Weiterentwicklung des Zolls als Bestandteil der Sicherheitsarchitektur sowie die Verbesserung der laufbahnrechtlichen Fortkommensmöglichkeiten im Mittelpunkt des konstruktiven Austauschs.

Die Gesprächspartner waren sich darüber einig, dass die sich aus dem Koalitionsvertrag ergebende politische Schwerpunktsetzung zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität und Geldwäsche einer besonderen Optimierung bedarf. Zudem erfordern perspektivisch mehr und komplexer werdende Aufgaben eine adäquate Ausstattung, um die erfolgreiche Arbeit der Zöllnerinnen und Zöllner weiter zu unterstützen. Dem Prüfauftrag von Bundesfinanzminister Christian Lindner (FDP) zur effizienteren Bekämpfung von organisierter und schwerer Kriminalität kommt hier eine besondere Bedeutung zu. Einer kernstrukturellen Neuordnung des Zolls bedarf es bei diesem Vorhaben nach Ansicht des Fraktionsvorsitzenden der FDP-Bundestagsfraktion und des BDZ nicht. Vielmehr zielen die Verbesserungspotenziale auf das eng verzahnte Aufgabenspektrum des

Zolls ab, bei dem zunehmende Silo-Kulturen der Generalzolldirektion einer kritischen Betrachtung unterzogen und im Ergebnis zu einer stärkeren internen Zusammenarbeit überführt werden müssen.

Abschließend bekräftigten Thomas Liebel und Olaf Wietschorke die Positionen des BDZ hinsichtlich eines flexibleren Laufbahnsystems. „Was bei der Ausgestaltung der Arbeitszeit und der Flexibilisierung der Wahl des Arbeitsortes in jüngster Vergangenheit erfolgreich umgesetzt wurde, muss sich auch bei den Berufsperspektiven von Bundesbeamten/innen etablieren“, betonten die Vertreter des BDZ zum Abschluss des Gesprächs. Eine Abkehr vom starren Laufbahnsystem ist daher mehr als überfällig.

Namen und Nachrichten

Am 22. September 2022 hat der **dbb** die Gespräche mit der Sana AG über die zukünftigen tarifvertraglichen Rahmenbedingungen für alle

Beschäftigten der Gemeinschaftskliniken Mittelrhein (GKM) fortgesetzt. Die Verhandlungs-

führerin des dbb, Siglinde Hasse, stellvertretende Vorsitzende der Bundestarifkommission, hat dabei noch einmal nachdrücklich betont, dass der dynamische Besitzstand nach dem derzeit im GKM vorherrschenden Tarifvertrag TVöD-BT-K für alle vorhandenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter eine zentrale Forderung für Tarifverhandlungen über einen zukünftigen Haustarifvertrag für die GKM ist.

Mit dem Chef der Arbeitnehmergruppe der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Axel Knoerig, hat die **dbb jugend** am 21. September 2022 über Herausforderungen für junge Beschäftigte im öffentlichen Dienst diskutiert. „Die Corona-Pandemie hat die Digitalisierung im öffentlichen Dienst enorm beschleunigt. Dennoch bestehen weiterhin eklatante Mängel bei der technischen Infrastruktur. Das von der Bundesregierung angekündigte Recht auf Homeoffice kann nur dann Sinn ergeben, wenn die Voraussetzungen dafür stimmen“, machte die stellvertretende Vorsitzende der dbb jugend, Sandra Heisig, im Gespräch mit Axel Knoerig, klar. Weiter merkte sie an: „Junge Beschäftigte erwarten von ihren Arbeitgebenden – zurecht – mehr Arbeitszeitflexibilität und Vertrauen in ihre Leistungsbereitschaft. In vielen Bereichen des öffentlichen Dienstes wird dies aber durch zu viel Bürokratie und uneinheitliche Regelungen erschwert. Das erfordert einheitliches, strategisches Vorgehen. Hier besteht dringender Handlungsbedarf.“

Der rheinland-pfälzische Ministerrat hat in seiner Sitzung am 27. September 2022 entschieden, dass die rund 54.000 Versorgungsempfängerinnen und -empfänger des Landesdienstes wie Rentnerinnen und Rentner noch in diesem Jahr eine steuerpflichtige Energiepreispauschale in Höhe von 300 Euro erhalten werden. Der **dbb rheinland-pfalz** hatte das gegenüber dem zuständigen Ministerium der Finanzen wiederholt gefordert, denn die Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsemp-

fänger des Bundes wurden bereits im „Entlastungspaket III“ ausdrücklich in die Pauschalzahlung einbezogen, ein Gesetzentwurf liegt inzwischen auf Bundesebene vor. Die Entlastung für stark gestiegene Energiekosten muss auch für Versorgungsempfängerinnen und -empfänger im landesgesetzlichen Anwendungsbereich gelten, da sie genauso betroffen sind wie alle anderen Bevölkerungsgruppen.

Die **Thüringer Landes- und Kommunalbeamten** sollen ab Dezember 2022 - so wie die Tarifbeschäftigten des Landes - 2,8 Prozent mehr Geld erhalten. Ein dementsprechender Gesetzentwurf wurde am 22. September 2022 im Landtag als „Thüringer Gesetz zur Anpassung der Besoldung und Versorgung im Jahr 2022 und zur Änderung besoldungs- und versorgungsrechtlicher Vorschriften“ beraten und erwartungsgemäß in den zuständigen Haushalts- und Finanzausschuss (HuFa) zur Beratung überwiesen.

Dr. Thorsten Rudolph (MdB) und der stellvertretende **BDZ** Bundesvorsitzende Thomas Liebel erörterten am 21. September 2022 die Personalveränderungen der Bundesfinanzverwaltung im Rahmen der Haushaltsaufstellung 2023. Danach sind insgesamt rund 1.650 neue Planstellen und Stellen für den Personalhaushalt der Bundesfinanzverwaltung vorgesehen. Thomas Liebel bedankte sich für die Stellenzuwächse, warb jedoch in dem Gespräch auch um eine kritische Prüfung der im Entwurf vorgesehenen pauschalen Stelleneinsparung in Höhe von 1,5. Davon ausgenommen sind bestimmte Bereiche der Zollverwaltung und das gesamte ITZBund, für deren Ausnahme sich der BDZ eingesetzt hat. Die Zollverwaltung leidet nach Einschätzung des BDZ aber bis heute an den personellen Engpässen, die mit den pauschalen Stelleneinsparungen vor mehr als 15 Jahren bewirkt und durch die bisherigen rein aufgabenspezifischen Stellenzuwächse nicht ausgeglichen wurden.

Termine:

11. Oktober 2022, Berlin

Forderungsfindung zur Einkommensrunde bei Bund und Kommunen 2023

Weitere Informationen folgen.

27. - 30. November 2022, Berlin

dbb Gewerkschaftstag 2022

Weitere Informationen unter <https://www.dbb.de/gwt2022>.
